

# EDITORIAL

## „New Economics“ im Zwielicht

Der Monetarismus als wirtschaftstheoretische und wirtschaftspolitische Denkrichtung existiert etwa seit einem Vierteljahrhundert. Sein Einfluß auf die Wirtschaftspolitik von Regierungen westlicher Industriestaaten blieb lange Zeit sehr gering. Erst als seit den frühen siebziger Jahren eine wachsende Zahl von Ländern zunächst von hoher Inflation und später von hoher Arbeitslosigkeit und Stagnation heimgesucht wurde, gelangen der monetaristischen Konterattache Terraingewinne im politischen Bereich bzw. in dessen Vorfeld. Beispiele dafür sind die zeitweilige Hinwendung zu Friedmanschen Rezepten der Regierung Nixon in den USA, die jedoch sehr bald wieder zu einer keynesianischen Einkommens- und Preispolitik zurückkehrte; oder das Einschwenken des deutschen Sachverständigenrates auf eine angebotsorientierte Ökonomie seit Beginn der siebziger Jahre. Derartige Experimente konnten jedoch bestenfalls als Vorspiele gewertet werden, keineswegs als echte Bewährungsprobe in der wirtschaftspolitischen Aktualität.

Für die monetaristischen Theoretiker war dies einerseits ein Anlaß zu wachsender Ungeduld, die sich in zunehmender Militanz ihrer Propaganda niederschlug. Andererseits bildete die erzwungene Wartestellung eine bequeme Argumentationsbasis. Während die „Keynesianer“ – welcher Spielart sei hier außer Betracht gelassen – sich ständig die Fehlschläge der praktischen Politik vorhalten lassen mußten, konnten die Monetaristen ein „reines Evangelium“ verkünden, da ihre Doktrin noch kaum in die Lage gekommen war, sich mit den Widrigkeiten der Realität beschmutzen zu müssen.

Seit dem Wahlsieg der Konservativen in Großbritannien und des republikanischen Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen in den USA sind in zwei maßgeblichen OECD-Staaten Regierungen an der Macht, die sich explizit zum Monetarismus bzw. zu den „supply side economics“ bekennen. Wenngleich ihre Wirtschaftspolitik auch Elemente enthält, die nicht ohne weiteres als genuinmonetaristisch zu qualifizieren sind, ist diese Doktrin damit erstmals auf die Probe gestellt.<sup>1</sup> Eine Konfrontation von programmatischem Anspruch und wirtschaftspolitischer Praxis ist möglich geworden.

Die Grundelemente der monetaristischen Ideologie sind in den USA und in Großbritannien dieselben: der Glaube an die

Fähigkeit der Marktkräfte, eine „gleichgewichtige“ Entwicklung der Wirtschaft zu generieren. Unter den gegenwärtigen Bedingungen bedeute dies, diese Kräfte von den Fesseln des Staatsinterventionismus zu befreien und dadurch die gesamtwirtschaftliche Dynamik wieder zu beleben, das Wachstum von Produktivität und Produktion zu steigern und die Inflationsrate stark zu senken. Bemerkenswert ist, daß das Selbstverständnis der monetaristischen Welle, die an sich auf sehr konservativem Gedankengut beruht, ausgeprägt reformerisch, ja bisweilen „revolutionär“ – letzteres in den USA – ist, was durch den Slogan vom „New Beginning“ (Reagan) oder durch den inflationären Gebrauch der Vorsilbe „Neo“ illustriert wird.<sup>2</sup> In den USA haben sich manche Vertreter der „New Economics“ nicht gescheut, ihr Programm mit dem „New Deal“ Roosevelts zu vergleichen.

Die Ausgangspunkte der New Economics waren in Großbritannien und USA nicht in jeder Hinsicht dieselben, woraus unterschiedliche Akzentsetzungen resultieren. Die Kritik der Ökonomen der britischen Konservativen hat als Hauptangriffspunkt neben dem Staat die Gewerkschaften bzw. deren Organisationsstruktur. Die Problematik des „richtigen Wechselkurses“ spielt naturgemäß in Großbritannien eine größere Rolle als in den weniger außenverflochtenen USA.

In ihrer Gesamtheit war die Ausgangslage Großbritanniens deutlich ungünstiger als jene der USA. Der Slogan vom „Gesundshrumpfen“ spielte keine geringe Rolle in der Tory-Propaganda, so daß von vornherein mit keiner raschen Verbesserung der Gesamtsituation zu rechnen war.

Durch britische Erfahrungen gewarnt hat Präsident Reagan in seiner Antrittsrede betont, daß der Erfolg seiner neuen Wirtschaftspolitik „in Zoll und Fuß, nicht in Meilen zu messen sein“ werde. Ungeachtet solcher Beteuerungen war die neokonservative Welle von einem geradezu euphorischen Optimismus getragen, der auf dem simplen und vermeintlich so einleuchtenden Konzept der sogenannten „Laffer-Kurve“ aufbaute: man senke die Steuern kräftig, und alles wird wieder so gut, wie es einmal war. Auch für wenig skeptisch veranlagte Ökonomen war die „Laffer-Kurve“ – ihr Erfinder hält offenbar viel darauf, daß er seine Idee nicht wie üblich publiziert, sondern vorzugsweise auf Papierservietten zeichnet – von sehr geringer Überzeugungskraft als Hauptargument für einen so einschneidenden wirtschaftspolitischen Kurswechsel. Ein simpler und trivialer Grundgedanke wird verabsolutiert, indem die Höhe der Besteuerung zur wichtigsten Determinante von Produktion, Produktivität und Inflationsrate erhoben wird.<sup>3</sup> Von den höchst fragwürdigen theoretischen Grundlagen abgesehen drängte sich schon bei globaler Analyse des Reaganschen Programmes der Verdacht

auf, daß sich diese Regierung zu viel auf einmal vorgenommen habe. Es ist bei entsprechender Bereitschaft zur Härte möglich, die Steuern zu senken und den Ausgleich des Budgets anzustreben, wenn man die erforderlichen Ausgabenkürzungen zustande bringt. Letzteres wird jedoch dann kaum gelingen, wenn die Militärausgaben – der größte Posten im US-Haushalt – gleichzeitig massiv erhöht werden sollen. In ihrer ersten mittelfristigen Budget-Projektion turnte sich die Regierung über diese Schwierigkeiten hinweg, indem sie die Rate des Wirtschafts- und des Produktivitätswachstums optimistisch hoch ansetzte. Der kritische Betrachter kann sich schwer vorstellen, was sich Reagans Ökonomen dabei dachten, als sie die mittelfristige Wachstumsrate der Produktivität von 1982 bis 1986 mit 3 Prozent ansetzten, die 1973/80 null und vorher etwa 2 Prozent betragen hatte. Vielleicht spekulierte man darauf, daß der Optimismus „selbsttragend“ und so zur „self-fulfilling prophecy“ werden könne. Die Ernüchterung ließ nicht lange auf sich warten.

Eine Zwischenbilanz der „neuen“ Wirtschaftspolitik Großbritanniens wird in Michael Wagners Artikel in diesem Heft gezogen. Ihre erschreckenden Resultate brauchen an dieser Stelle nicht wiederholt zu werden. In den USA zeichnet sich schon nach einem Dreivierteljahr ab, daß der proklamierte „Neubeginn“ die Ziele nicht erreichen kann, die sich die Regierung gesteckt hat.

Bei der Erstellung des Budgets für das (Fiskal-)Jahr 1982 ergaben sich krasse Inkonsistenzen, die auf die überoptimistische Einschätzung der Wirtschaftsentwicklung zurückzuführen sind. Das zu erwartende Budgetdefizit würde zu einer Entfernung statt zu einer Annäherung an das Ziel des Haushaltsausgleiches im Jahr 1984 führen. Es zeigte sich schon jetzt, daß die Ziele der Preisstabilisierung (durch restriktive Geldpolitik), der Steuersenkung, des Haushaltsausgleichs und der Aufstockung der Verteidigungsausgaben nicht miteinander vereinbar sind. Wo immer auch die Abstriche letzten Endes erfolgen werden, es wird nicht ohne Aufgabe oder Zurückstellung wesentlicher Programmpunkte abgehen.

Es drängen sich überhaupt Zweifel daran auf, ob jemand diese überoptimistische Konzeption je ernsthaft geglaubt hat. Manche ihrer Cheftheoretiker, allen voran der vielzitierte Arthur Laffer, erwecken nicht gerade den Eindruck besonderer Seriosität<sup>4</sup>, und auch in der Geschäftswelt scheint die Haltung nicht eindeutig zu sein: „Die amerikanische Geschäftswelt allerdings hat gegenüber der Reaganschen Wirtschaftspolitik von Anfang an eine schizophrene Haltung eingenommen. In ihren öffentlichen Stellungnahmen priesen zahlreiche Bosse das Programm als Weg zum Heil. Intern kalkulierte so mancher die Vergeblichkeit des ganzen Unterfangens gleich ein.“

Der Grund für diese Doppelzüngigkeit: Die Bosse profitierten persönlich direkt von dem Reaganschen Programm. Denn die Senkung der Einkommensteuer um 25 Prozent führt zu einer beträchtlichen Verminderung der Steuerprogression. Es drängt sich der Verdacht auf, daß die Geschäftsleute Amerikas die ganze ‚Ökonomie der Angebotsseite‘ von Anfang an als einen raffinierten Trick durchschauten, um das Wahlvolk für eine Verbesserung der ‚Lebensqualität‘ der Großverdiener stimmen zu lassen.<sup>45</sup>

Für den Monetarismus ist aus den Beispielen Großbritanniens und USA auf jeden Fall die Lehre zu ziehen, daß seine Vertreter die „Durststrecke“, die mit dem Kurswechsel verbundenen Opfer an Arbeitslosigkeit bei weitem unterschätzt haben. Natürlich werden die Apologeten einwenden, daß man sich nicht hinreichend genau an ihre Rezepte gehalten habe – aber das haben schließlich auch die Keynesianer gesagt, ohne daß diese Rechtfertigung allzuviele Leute überzeugte. Was andere Elemente der „New Economics“ wie etwa die Laffer-Kurve betrifft, so war deren Seriosität von vornherein zweifelhaft gewesen.

Für Triumphgefühle bieten die bisherigen Mißerfolge der Neokonservativen auf ökonomischem Gebiet freilich wenig Anlaß, waren doch die Regierungswechsel in hohem Maße dem Versagen der anderen Partei auf demselben Gebiet zuzuschreiben gewesen.

Wer einmal in den „vitiösen Zirkel“ hineingerät, findet offenbar nur sehr schwer wieder heraus. Glückliche sind diejenigen, die eine Abstimmung von Einkommens-, Preis-, Wechselkurs-, Geld- und Fiskalpolitik zustande bringen, die verhindert, daß sich die verhängnisvollen Spiralen allzu schnell zu drehen beginnen. Dies ist vielleicht das stärkste Argument für eine keynesianische Sichtweise des Wirtschaftsgeschehens.

Das Nebeneinanderexistieren von Ländern mit relativer Prosperität und Ländern mit starker Unterbeschäftigung ist in den letzten Jahren problematischer geworden. Es ist noch nicht entschieden, ob diese Koexistenz fort dauern kann, ob sich die in der Krise befindlichen Staaten erholen können oder ob nach einer Art „Greshamschen Gesetz“ eine Vereinheitlichung in der negativen Richtung erfolgt.

## Anmerkungen

<sup>1)</sup> Starke monetaristische Elemente – mit durchschlagenden Konsequenzen auf der Beschäftigungsseite – enthielt die Wirtschaftspolitik der Schweiz seit 1973. Durch ihre Sonderstellung im Rahmen der Weltwirtschaft eignet sich die Schweiz jedoch kaum in dem Sinne als Exempel wie die USA und Großbritannien.

- 2) In den USA haben Denkrichtungen offenbar ein großes Bedürfnis, sich als „New“ zu etikettieren. Wenn dies beim Keynesianismus der vierziger Jahre noch legitim erscheint, so wirkt es bei den Heller/Okunschen „New Economics“ schon etwas gekünstelt und erst recht jetzt beim Programm der Reagan-Administration.
- 3) Die Laffer-Kurve behauptet einen Zusammenhang zwischen Steuersatz und Steuerertrag von der Art, daß zunächst der Steuerertrag eine steigende Funktion des Steuersatzes ist, ab einem gewissen Punkt jedoch eine fallende Funktion wird.
- 4) Bei einer Konfrontation seines „Theorems“ mit George Perry hatte Laffer dessen Kritik so gut wie nichts entgegenzusetzen. Siehe: The New Economics: A Debate, in: Economic Impact Nr. 35 (3/1981), S. 23 ff
- 5) Aus dem Bericht von Jes Ran „Hat sich Reagan verrechnet“, in: Die Zeit vom 4. September 1981, S. 20